

Beschlussfassung zur vorläufigen Anwendung von CETA am 18.10. im EU-Ministerrat – es wird ernst!

Am Freitag, den 13. Mai 2016 sprach sich der Rat der EU-Handelsminister für die vorläufige Anwendung des europäisch-kanadischen Handelsabkommens CETA aus.

Vorläufige Anwendung heißt,

dass CETA auf Beschluss des EU-Rates in Kraft gesetzt wird, *bevor* die Parlamente der EU-Mitgliedsstaaten darüber entschieden haben. Da es sich um ein gemischtes Abkommen handelt, treten diejenigen Vertragsteile völkerrechtlich verbindlich in Kraft, die in ausschließlicher EU-Kompetenz liegen. Aus der „Vorläufigkeit“ kann leicht ein Dauerzustand werden, da der Vertrag laut Gutachten des Völkerrechtlers Wolfgang Weiß (Universität Speyer) aufgrund unklarer Rechtsverhältnisse auch dann gültig sein könnte, wenn ein Land nicht ratifiziert.



Vorläufige Anwendung von CETA bedeutet Einführung von TTIP durch die Hintertür:

Denn CETA ist die inhaltliche Vorlage für TTIP. Die dort vereinbarten Regeln gelten für *alle* Investoren mit Niederlassung in der EU und Kanada, wozu auch 80 Prozent der US-amerikanischen Konzerne zählen. Ebenso wie TTIP schränkt CETA die Möglichkeiten von Kommunen und Staaten, Gesetze oder Verordnungen im öffentlichen Interesse zu erlassen, ein. Auch CETA beinhaltet eine **Paralleljustiz** zur Durchsetzung von Investitionsschutzklagen ausländischer Konzerne gegen Staaten und Kommunen. Zwar wurden im CETA-Text die privaten Schiedsgerichte durch ein „Investitionsgerichtssystem“ (ICS) ersetzt. Doch werden auch damit nationale Rechtssysteme umgangen und globalen Konzernen Sonderklagerechte eingeräumt. Der Einfluss der Konzerne auf die Gesetzgebung wird auch hier durch „**regulatorische Kooperation**“ verstärkt. Das **europäische Vorsorgeprinzip** zum Schutz vor gesundheits- und umweltgefährdenden Produkten ist im CETA-Text nicht verankert. Zudem sind weitreichende **Marktöffnungen öffentlicher Dienstleistungen** wie Wasser oder Gesundheitsversorgung für kommerzielle Unternehmen vorgesehen. Die Einhaltung von **Arbeitsstandards der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO)** ist nicht verbindlich geregelt. Insgesamt bedient der Vertragstext Konzerninteressen und lässt Regularien für humane und nachhaltige Arbeits-, Umwelt- und Gesundheitsstandards und deren Fortentwicklung vermissen.

Der Zeitplan zur Durchsetzung der vorläufigen Anwendung ist eng

- Schon am 18. Oktober 2016 soll der Beschluss zur vorläufigen Anwendung im EU-Rat herbeigeführt werden.
- Für den 27. Oktober 2016 ist die Unterzeichnung beim EU-Kanada-Gipfel geplant.
- Ende 2016/Anfang 2017 stimmt das EU-Parlament darüber ab.
- Für Frühjahr 2017 ist der Vollzug der vorläufigen Anwendung vorgesehen.
- Erst *danach* wird die Ratifizierung durch die EU-Mitgliedstaaten in Gang gesetzt.

Massenproteste und die Wendungen SPD

Am 17. September 2016 haben 320.000 Menschen in sieben deutschen Städten gegen TTIP, CETA und dessen vorläufige Anwendung demonstriert.

Ungeachtet der Massenproteste und der Kritik aus den eigenen Reihen setzte Wirtschaftsminister Gabriel zwei Tage später, am 19. September, seinen Pro-CETA-Kurs beim SPD-Parteikonvent durch. Damit holte sich Gabriel grünes Licht, um CETA beim EU-Ministerrat zuzustimmen. Grundlegende Bedenken wurden mit Nachbesserungsvorschlägen – etwa zum Vorsorgeprinzip, zum Investitionsschutz oder den Arbeitsstandards – zerstreut.

Wann und *wie* diese Verbesserungen realisiert werden könnten, blieb offen. Denn sowohl die EU-Kommission als auch die kanadische Regierung haben bekundet, dass der Vertragstext nicht mehr geöffnet wird. Für die vorläufige Anwendung von CETA ist gemäß Lissabon-Vertrag alleine der EU Ministerrat zuständig. Dem EU-Parlament wurde aus politischen Gründen zwar eine Beschlussfassung zugebilligt, die jedoch nicht zwingend notwendig ist.



Die österreichische SPÖ

fürhte im September 2016 eine Mitgliederbefragung durch, bei der sich 88 Prozent der Befragten gegen CETA ausgesprochen haben. Österreichs Bundeskanzler Kern (SPÖ), der Anfang September seinen Widerstand gegen CETA angekündigt hatte, ringt derzeit mit einer interpretativen Erklärung des EU-Kommissionspräsidenten Juncker, von der er seine Zustimmung zu CETA im EU-Rat abhängig machen will. Alleine aus Österreich hat Kanzler Kern 124.054 Mails mit der Aufforderung erhalten, CETA zu stoppen. Ein kürzlich verfasster **offener Brief** von 120 europäischen und kanadischen Organisationen an den österreichischen Bundeskanzler wurde in wenigen Tagen von über 196.000 EuropäerInnen unterzeichnet. Schließen wir uns an!

Was können wir jetzt vor der Sitzung des EU-Ministerrats tun?

Schreiben wir vor dem 18.10. massenhaft Wirtschaftsminister Gabriel und den österreichischen Bundeskanzler Kern an:

- Petition an Bundeswirtschaftsminister Gabriel, CETA verhindern:
<https://aktion.bund.net/ceta-werden-wir-verhindern>
- Petition Gabriel muss Wort halten:
<https://www.umweltinstitut.org/mitmach-aktionen/ceta:-gabriel-muss-wort-halten>
- Offener Brief an Österreichs Kanzler Kern:
<https://act.wemove.eu/campaigns/kanzler-kern-stoppt-CETA>
- E-Mail-Appell an Kanzler Kern, Österreich:
<http://ttip.greenpeace.at/ceta>

Hintergrundinfos zum Thema:

Österreichs Bundeskanzler und die der EU Kommission:

<http://orf.at/stories/2361300/2361303/>

CETA-Kampagne Attac Österreich:

<http://www.attac.at/kampagnen/ttip-ceta-co-stoppen.html>

DGB zur Verabschiedung von CETA:

<http://www.netzwerk-ebd.de/nachrichten/dgb-ceta-probleme-vor-unterzeichnung-rechtsverbindlich-loesen/>

Gastbeitrag von Klaus Ernst zur SPD und CETA, FR vom 10.10.2016:

http://www.fr-online.de/gastbeitraege/handelsabkommen-sigmar-gabriels-falsche-ceta-strategie_29976308,34839046.html

Fabio De Masi, MdEP, DIE LINKE zum SPD-Konvent:

<http://www.nachdenkseiten.de/?p=35096>

Ska Keller, MdEP, B'90/DIE GRÜNEN zum SPD Konvent:

<http://www.skakeller.de/themen/handel-und-globale-gerechtigkeit/handelspolitisches/ceta-hintergrund-zum-spd-konvent.html>

Die Jusos zum SPD-Konvent:

<http://www.jusos.de/wann-findet-eine-vorentscheidung-ueber-ceta-statt>